

persönlich abgegeben  
12.06.2017 S. 02-1/4

## **FÜR das Leben - JA zur Initiative der Vereinten Nationen zur Abschaffung von Atomwaffen**

### **Antrag laut § 24 der Gemeindeordnung NRW: „Anregungen und Beschwerden“.**

Das Engagement gegen Atomwaffen steht in dieser Stadt in guter Tradition. In der Sitzung vom 30. Oktober 1984 erklärt der Rat der Stadt Köln: „... im Rahmen seiner kommunalen Möglichkeiten wird der Rat alle Möglichkeiten nutzen, die Herstellung, Nutzung, Lagerung, Stationierung und den Transport von atomaren, biologischen und chemischen Waffen und Trägersystemen im Kölner Stadtgebiet zu unterbinden.“

In der Sitzung vom 25. April 1985 beschließt der Rat, dem „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung von Atomwaffen“ beizutreten. Dieses Programm heißt heute „Mayors For Peace“. Weltweit sind ca. 8000 Städte bei den Mayors For Peace organisiert, in der BRD z. Z. 454 Gemeinden.

Im Oktober letzten Jahres haben die Vereinten Nationen mit den Stimmen von 129 Staaten beschlossen, einen Prozess zur weltweiten Abschaffung und Ächtung von Atomwaffen zu initiieren. Die BRD gehört zu den 38 Staaten, die gegen diesen Entschluss gestimmt haben. Die Bundesregierung beteiligt sich bisher wie die USA und Russland und weitere Länder nicht an dem im März begonnenen Verhandlungsprozess.

Die Unterzeichnenden dieses Antrags unterstützen die Initiative der Vereinten Nationen für die Abschaffung von Atomwaffen als unbedingte Notwendigkeit für den Erhalt der Zivilisation und die Verbesserung menschlicher Lebensgrundlagen sowie als potentiellen Schritt zu internationaler Abrüstung und Entspannung.

#### **Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:**

- Sich als Teil der weltweiten Bewegung der Mayors For Peace gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass diese ihr Nein zu den Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen zurücknimmt und sich konstruktiv an diesem Prozess beteiligt.
- dass Köln an die über 400 deutschen Städte der Mayors für Peace herantritt, damit sie die Bundesregierung nachdrücklich auffordern, sich entschlossen für den Abzug der in Büchel stationierten US- Atombomben einzusetzen und sich ihrer Modernisierung zu widersetzen.

## **Begründung:**

Atomwaffen gefährden die Existenz der Menschheit. Die Gefahren atomarer Bewaffnung sind durch die globale Zuspitzung zwischen den Atommächten USA und Russland verschärft. Trotz erheblichen Abrüstungsschritten im Zuge der Entspannungspolitik konnten bisher die Verbreitung und technische Weiterentwicklung dieser Massenvernichtungswaffen nicht gestoppt werden. Umso mehr ist der auf Ebene der Vereinten Nationen initiierte Prozess zu begrüßen. Die enormen finanziellen Mittel und gewaltigen Anstrengungen, welche die nukleare Hochrüstung erfordert, werden dringend zur Lösung der globalen Herausforderungen – der umfassenden Realisierung von Ernährung, Gesundheit und Bildung, also Frieden – benötigt.

Das Ziel der Mayors For Peace ist u. a. die Solidarität mit anderen Städten, die die Abschaffung von Atomwaffen fordern.

Am 8. Juli 1996 hat der Internationale Gerichtshof in einem Rechtsgutachten festgestellt, dass die Androhung und der Einsatz von Atomwaffen grundsätzlich völkerrechtswidrig sind.

Im Oktober 2003 beschließen die Mayors For Peace die Kampagne „2020 Vision“, in der die Atomwaffenfreiheit bis zum Jahr 2020 gefordert wird.

Der damalige Bundesaußenminister Steinmeier verlangte im April 2009 den Abzug aller US-Atomwaffen aus der BRD (Standort Büchel bei Cochem).

Im Koalitionsvertrag von Oktober 2009 (Union und FDP) sagt die Bundesregierung zwar den Abzug der Atomwaffen zu, Bundeskanzlerin Merkel bricht diese Zusage, indem sie fordert, dass der Abzug nicht im Alleingang durchgeführt werde.

Im März 2010 beschloss der Bundestag mit breiter Mehrheit, die Bundesregierung solle sich mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen einsetzen.

Immer mehr Menschen in aller Welt fordern einen Abzug/ die kontrollierte Vernichtung/ Nichteinsatz dieser geächteten Vernichtungswaffen. In der BRD sind das schon laut einer Forsa- Umfrage von März 2016 nahezu 93 % der Bevölkerung.